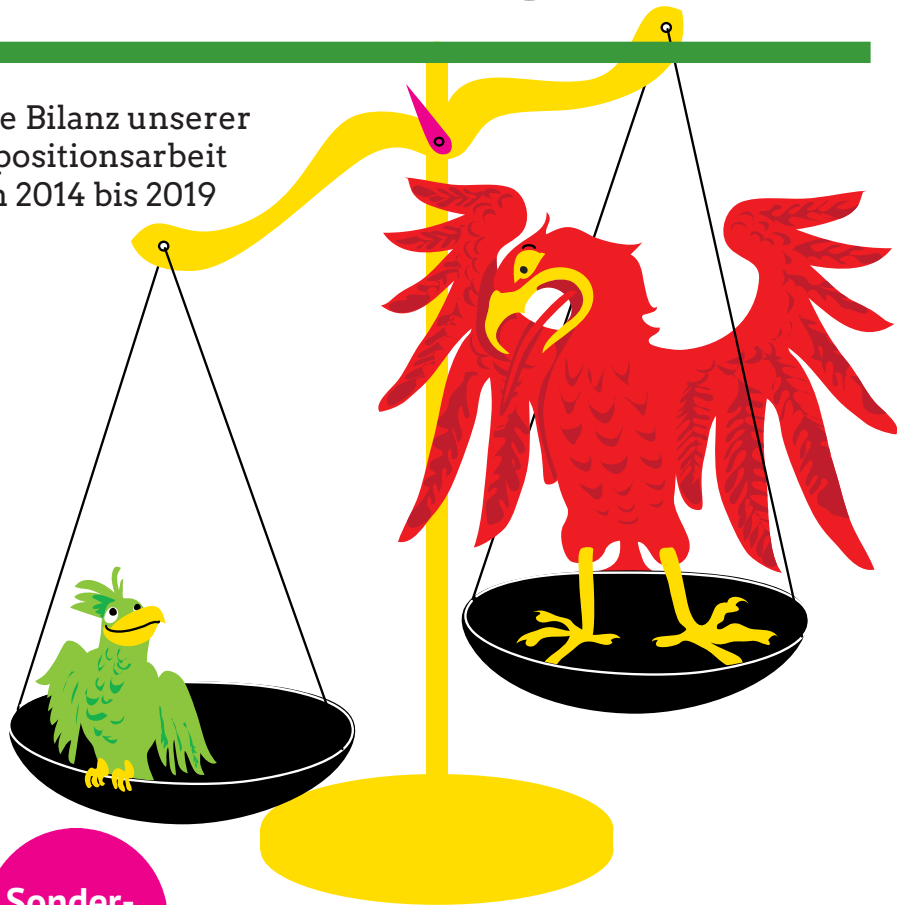


GRÜN HAT GEWICHT

Eine Bilanz unserer
Oppositionsarbeit
von 2014 bis 2019



Sonder-
ausgabe

**BRAND
GRÜN**

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN** 
IM BRANDENBURGER LANDTAG

WO STEHT WAS?

04 VORWORT

06 MASSENTIERHALTUNG

Lasst die Sau raus!

08 BRAUNKOHLE UND ENERGIE

Erneuerbar statt fossil

10 FRAUEN UND GENDER

Für mehr Teilhabe

12 BILDUNG UND INKLUSION

Die Zukunftsinvestition

14 HAUSHALT UND FINANZEN

Das bisschen Haushalt

16 VERKEHR UND RADVERKEHR

Ökologisch mobil

20 NATUR- UND UMWELTSCHUTZ

Lebensräume erhalten!

22 STRUKTURWANDEL

Gutes Morgen für die Lausitz

24 NSU-UNTERSUCHUNGEN

Verfassungsschutz ist mitverantwortlich

26 SOZIALE GERECHTIGKEIT

Teilhabe für alle

28 LÄNDLICHE RÄUME

Aus der Arbeit der
Enquêtekommission

30 DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT

Mitmachen statt zuschauen

32 ILLEGALER MÜLL

Was schlummert in unserem Boden?

34 INTEGRATION

Vom Geflüchteten zum Nachbarn

36 POLITIK FÜR KOMMUNEN

Gemeinsam gut

38 FLUGHAFEN BER

Keine Chance für Lärm und dicke Luft

40 KULTUR UND WISSENSCHAFT

Auf in die Fläche!

42 AUFARBEITUNG VON DDR-UNRECHT

Es bleibt noch viel zu tun

44 UNSERE FRAKTION

Wer macht was?

46 IMPRESSUM

VORWORT

Liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger,

auch als kleinste Oppositionsfraktion mit sechs Abgeordneten kann man die Landespolitik auf Trab bringen. Das konnten wir mit unserer Parlamentsarbeit der letzten fünf Jahre zeigen. Mit unserer „Politik der kleinen Schritte“ haben wir in vielen Politikfeldern kleine und größere Erfolge erzielt und dazu beigetragen, Brandenburg ein Stück ökologischer, sozialer und gerechter zu machen. Hier sechs Beispiele aus den letzten Monaten, exemplarisch für unsere sechs Abgeordneten:

- Kinder und Jugendliche können jetzt mitreden: Auf unsere Initiative hin wurde die Kinder- und Jugendbeteiligung in der Kommunalverfassung verankert.
- Die von uns seit Jahren geforderten Vollzugshinweise zum Schallschutz rund um den Flughafen BER wurden nun in abgeschwächter Form beschlossen – künftig sind die AnrainerInnen etwas besser vor Fluglärm geschützt.
- Wir sagen Ja zur Windkraft! Sie muss aber so ausgebaut werden, dass es für Mensch und Umwelt passt. Dazu soll auf unseren Antrag hin eine „Servicestelle Windenergie“ eingerichtet werden, die Kommunen, Investoren und BürgerInnen bei der Planung von Windenergieanlagen berät.

- Die Spree wird zunehmend von Eisenocker und Sulfat aus dem Braunkohletagebau belastet. Auch auf unsere Initiative hin hat der Landtag beschlossen, einen strategischen Gesamtplan für eine „Klare Spree“ zu entwickeln.

- Wer sich engagiert, fährt besser: Für ehrenamtlich Tätige gibt es bald Vergünstigungen im Nahverkehr. Dem vorausgegangen war ein Antrag von uns.

- Ganz Deutschland diskutiert über den geringen Frauenanteil in den Parlamenten. Brandenburg wird nun Vorreiter und bekommt auf unsere Initiative hin als erstes Bundesland ein Paritégesetz. Die Parteien müssen künftig quotierte Landeslisten aufstellen.

Eine ausführliche Übersicht unserer parlamentarischen Arbeit der letzten fünf Jahre, verteilt auf 18 Themenbereiche, finden Sie auf den nächsten 40 Seiten.

Wer gerne (noch) mehr lesen möchte: Eine komplette Übersicht unserer Initiativen im Landtag bietet unsere Website

www.gruene-fraktion-brandenburg.de.

Dort können Sie auch unsere regelmäßigen Newsletter und unsere Fraktionszeitung brandGRÜN bestellen. Aktuelle Einblicke in unsere Arbeit erhalten Sie unter facebook.com/GrueneLandtagBB, twitter.com/GrueneLTBB und instagram.com/GrueneLTBB.



Echte Sisyphusarbeit

Unsere Fraktionsvorsitzende Ursula Nonnemacher wird regelmäßig zur „Redenkönigin“ des Landtags gekürt: Sie hält mit Abstand die meisten Plenarreden. Mit 136 Anträgen, 20 Gesetzentwürfen, 334 Kleinen und 13 Großen Anfragen sowie 356 Mündlichen Anfragen (Stand Januar 2019) waren wir in dieser Wahlperiode auch sonst fleißig.

Oft geht es dabei langsamer voran, als uns lieb ist. Mitunter fühlen wir uns wie Sisyphus, der von den Göttern damit gestraft wurde, einen schweren Steinbrocken einen Berg

hinaufzurollen, der ihm wieder und wieder entgleitet und zurückrollt. Konstruktive Oppositionsarbeit ist für uns auch Dranbleiben an Themen. Ob Braunkohleausstieg, Strukturwandel, Regeln für eine artgerechte Tierhaltung oder Verkehrswende: Themen, die uns wichtig sind, setzen wir beharrlich auf die Tagesordnung, denn dicke Bretter bohren sich eben langsam. Wir glauben fest daran, dass wir mit kleinen Schritten ans Ziel kommen. Für unsere Überzeugungen haken wir nach, legen den Finger in die Wunde und lassen nicht locker.

Viel Spaß bei der Lektüre unserer Bilanz!

Ihre Ursula Nonnemacher
Fraktionsvorsitzende

Ihr Axel Vogel
Fraktionsvorsitzender

MASSERTIERHALTUNG: LASST DIE SAU RAUS!

Mit 104.000 Stimmen gegen Riesenställe und für mehr Tierwohl endete das Brandenburger Volksbegehren gegen Massentierhaltung 2016 erfolgreich. Wir haben die Initiative von Anfang an unterstützt. Die Umsetzung des Kompromisses, die die InitiatorInnen mit den Koalitionsfraktionen im Landtag ausgehandelt haben, begleiten wir bis heute kritisch. Mit (kleinen) Erfolgen: Für die neu geschaffene Stelle des Landestierschutzbeauftragten gibt es jetzt endlich auch eine Aufgabenbeschreibung und seit dem letzten Haushalt auch mehr Personal. Der Tierschutzplan bleibt ein schmerzhafter Kompromiss, wird aber nicht mehr nur ein „Empfehlungskatalog“ bleiben, wie von Umweltminister Vogelsänger (SPD) anfangs verkündet. Die Demonstrationsbetriebe mit besonders tiergerechten Haltungsformen werden noch gesucht, immerhin steht im Haushalt aber etwas Geld zur Verfügung.

Kein roter Teppich für Tierfabriken!

Von einer fairen, regionalen, tierwohlorientierten Landwirtschaft, wie sie unsere Fraktion anstrebt, ist Brandenburg leider noch meilenweit entfernt. Viel zu häufig wird der Fleischindustrie hierzulande der rote Teppich ausgerollt. Drei Beispiele:

- Die Schweinemastanlage Haßleben in der Uckermark hätte nie genehmigt werden

dürfen, weil sie den nahen, im Schutzgebiet liegenden Kuhzer See bedroht. Sie wurde erst vor Gericht (vorläufig) gestoppt.

- Der Schlachthof von Wiesenhof in Königs Wusterhausen hat über Jahre mehrere zehntausend Hähnchen pro Tag mehr geschlachtet als genehmigt. Konsequenzen: keine. Die Genehmigung wurde nachträglich erteilt. Wir unterstützen seit Beginn die lokale Bürgerinitiative, die nun gerichtlich dagegen vorgehen wird.

- Die Mega-Schweinemastanlage in Tornitz bei Vetschau: über 50.000 Schweine werden dort gehalten, 67.000 sollen es werden. Schon heute sind zahlreiche Verstöße gegen Tierschutz und behördliche Auflagen amtlich nachgewiesen. Erst im November 2018 musste das Ministerium auf unseren Druck hin im Umweltausschuss zugestehen, dass die Anlage dauerhaft das Grundwasser verseucht. Wir streiten für einen Umbau der Anlage, das Ziel: kleiner, ökologisch, regional.

Und außerdem ...

... wurde unser Vorschlag für eine Kennzeichnungspflicht beim Fleisch abgelehnt. Unser Antrag gegen die beengte Kastenstandhaltung von Schweinen ebenso. Bei der Begrenzung von Tiertransporten standen wir bei Redaktionsschluss noch in Verhandlungen mit Rot-Rot.



Wir engagieren
uns für eine faire,
regionale, tierwohl-
orientierte
Landwirtschaft.

Das Gute liegt so nah

Auf seiner „Küchengespräche-Tour“ durch Brandenburger Gastro-Betriebe wollte unser agrarpolitischer Sprecher Benjamin Raschke herausfinden, was GastronomInnen motiviert oder davon abhält, verstärkt auf regionale Produkte zu setzen. Die Tour hat gezeigt: Das Land kann noch viel mehr tun für regionale Produkte! Deswegen haben wir gefordert, dass der Anteil regionaler Lebensmittel in Kantinen und bei Kita- und Schul-Caterern erhöht wird. Außerdem kämpfen wir für die Einführung einer zertifizierten Regionalkennzeichnung für Brandenburger Produkte („Made in Brandenburg“). Auch der Ökolandbau sollte aus unserer Sicht unbedingt gestärkt werden; dazu haben wir einen Aktionsplan entwickelt.

Weitere Informationen zum Thema bäuerliche Landwirtschaft, keine Massentierhaltung unter gruenlink.de/1fz8

BRAUNKOHLE UND ENERGIE: ERNEUERBAR STATT FOSSIL

„Der Ausstieg aus der klimaschädlichen Braunkohleverstromung ist nur noch eine Frage der Zeit“, sagt unsere energiepolitische Sprecherin Heide Schinowsky. Erneuerbare Energien werden stetig rentabler; Investitionen in Braunkohle lohnen sich längst nicht mehr. Im neuen Energiesystem wird der unflexible Kohlestrom nicht mehr gebraucht. 2016 hatte unsere Fraktion ein Energie-Gutachten vorgelegt: Der schnellstmögliche Ausstieg aus der Braunkohle ist machbar – ohne, dass in der Region Berlin-Brandenburg die Lichter ausgehen. Brandenburgs rot-rote Landesregierung hat hingegen mit ihrem krampfhaften Festhalten an der Braunkohleverstromung entsprechende Weichenstellungen immer wieder hinausgezögert.

Risiko Braunkohle

Der Braunkohleabbau ist seit jeher eine große Belastung für Mensch und Umwelt. Mit den regionalen Folgen – wie der „Braunen Spree“ und der immer noch steigenden Sulfatbelastung – werden wir noch Jahrzehnte zu kämpfen haben. Und weil die Landesregierung es bis heute vermieden hat, den Bergbaubetreiber hierfür in die Pflicht zu nehmen, werden wir SteuerzahlerInnen sehr wahrscheinlich einen Großteil der Braunkohle-Folgekosten tragen müssen.

Die gravierenden Umweltschäden des Braunkohletagebaus sind unübersehbar. Besonders stark betroffen sind Grund- und Oberflächenwasser. Durch unser jahrelanges Nachhaken zu sinkenden Wasserspiegeln in natürlichen Seen nördlich des Tagebaus Jänschwalde sah sich die Landesregierung inzwischen gezwungen, den Tagebaubetreiber LEAG endlich als Hauptverursacher zu benennen und zu verpflichten, auf eigene Kosten das Wasser wieder aufzufüllen.

Schiedsstelle für Bergbauschäden

Ein weiteres gravierendes Problem sind Bergbauschäden an Häusern und Straßen in Tagebaunähe. Betroffene HausbesitzerInnen und Kommunen haben massive Schwierigkeiten, ihre Ansprüche gegenüber der LEAG durchzusetzen. Schon in der letzten Wahlperiode hatte der Landtag auf unsere Initiative hin beschlossen, eine Schiedsstelle für Betroffene einzurichten. Nun wird endlich an deren Einrichtung gearbeitet.

Wir kämpfen gegen neue Tagebaue und dafür, dass die Bergbaubetreiber für die Braunkohle-Folgekosten aufkommen.

Sicherung der Rekultivierungskosten

Nach dem Verkauf der Lausitzer Braunkohlesparte vom schwedischen Konzern Vattenfall an die tschechische Holding EPH haben wir verstärkt die Frage aufgeworfen, ob die Rückstellungen für die Finanzierung der Tagebau-Rekultivierung ausreichen und sicher sind. Beides muss nach heutigen Erkenntnissen mit Nein beantwortet werden. In systematischer Kleinarbeit – mit zahlreichen parlamentarischen Anfragen, Fachgesprächen und Parlamentsdiskussionen – konnten wir

die Landesregierung inzwischen dazu bewegen, das Problem anzuerkennen. Der wirksamste Weg zur Absicherung der Folgekosten wäre die Erhebung von entsprechenden Sicherheitsleistungen nach Bundesberggesetz; doch die Landesregierung verweigert sich diesem Ansinnen bis heute. Stattdessen soll nun eine umstrittene Zweckgesellschaft eingerichtet werden, mit der das Geld erst noch erwirtschaftet werden müsste. Für uns ist das kein akzeptabler Weg, denn so drohen die Kosten an den SteuerzahlerInnen hängen-zubleiben.

Service rund um die Windkraft

Eine klimafreundliche und bezahlbare Energieversorgung für Brandenburg braucht auch einen großen Anteil an Windkraft. Diese muss aber sowohl umwelt- als auch menschenverträglich ausgebaut werden. Um zukünftig Probleme möglichst frühzeitig anzusprechen und auszuräumen, haben wir die Einrichtung einer „Servicestelle Windenergie“ gefordert, die eine umfassende Beratung von Kommunen und BürgerInnen bei der Planung von Windenergieanlagen sowie die Klärung finanzieller Beteiligungsmöglichkeiten gewährleisten soll. Die Regierungskoalition hat hierzu gemeinsam mit uns einen leicht abgeschwächten Antrag beschlossen. Auch unser Anliegen, die Belastung von AnwohnerInnen durch das nächtliche Blinken von Windanlagen zu senken, fand im Landtag eine Mehrheit. Seit 2015 gibt es die Möglichkeit, das Dauerblinken auf „bedarfsgerechte Nachtkennzeichnung“ umzustellen – höchste Zeit, das nun auch endlich umzusetzen!

Weitere Informationen zum Thema Energie und Klimaschutz unter gruenlink.de/1k1w

FRAUEN UND GENDER: FÜR MEHR TEILHABE



**Gleichberechtigung
auch in den Parlamenten!
Brandenburg bekommt als
erstes Bundesland
auf unsere Initiative hin
ein Paritégesetz.**

Vor 100 Jahren, im Januar 1919, durften Frauen zum ersten Mal wählen gehen und gewählt werden. 37 Frauen – knapp 9 Prozent – schafften den Sprung in die Deutsche Nationalversammlung. An diesem geringen Anteil tat sich lange Zeit gar nichts: Von 1949 bis weit in die 1980er Jahre stagnierte der Frauenanteil im Bundestag bei den 9 Prozent von 1919. Unfassbar, dass dieser Anteil zum Beispiel vom 7. Deutschen Bundestag (1972-1976) mit 5,8 Prozent noch deutlich

unterschritten wurde! Auch mit dem Frauenanteil im aktuellen Bundestag sind wir 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts absolut nicht zufrieden. Durch traditionelle, männlich dominierte Parteien ist der Anteil weiblicher Abgeordneter im Bundestag stark rückläufig und liegt aktuell nur bei knapp 31 Prozent.

„Gleichberechtigung setzt voraus, dass Frauen auch gleichbeteiligt an politischen Entschei-

dungen und an der Gesetzgebung mitwirken. Sie bilden die Hälfte der Bevölkerung, also sollten sie auch die Hälfte der Abgeordneten stellen!“, sagt unsere frauenpolitische Sprecherin Ursula Nonnemacher. Auf Anstoß von uns Bündnisgrünen hat der Brandenburger Landtag Anfang 2019 das bundesweit erste Paritégesetz beschlossen. Ab Mitte 2020 müssen Parteien ihre Landeslisten nach dem Reißverschlussprinzip – eine Frau, ein Mann – aufstellen. Brandenburg wird damit das erste Bundesland, das eine verbindliche Paritätsregelung ins Landeswahlgesetz aufnimmt – ein großer Erfolg, mit dem das Land Geschichte schreibt.

Mehr Unterstützung für Alleinerziehende

Fast 41 Prozent der Haushalte von Alleinerziehenden sind von Armut bedroht. Alleinerziehende Frauen verfügen über durchschnittlich geringere Nettoeinkommen – auch, weil sie häufig in Teilzeit arbeiten – und beziehen häufiger Transferleistungen. Für sie ist eine verbesserte Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Kindererziehung essentiell. Das gelingt nur, wenn Kita-ErzieherInnen mehr Zeit für Kinder haben. Um das möglich zu machen, hat unsere Fraktion gemeinsam mit der CDU-Fraktion mehr Kitapersonal bei längeren Öffnungszeiten gefordert.

Wenn sich ein Elternteil nicht oder nur unzureichend am Unterhalt des Kindes beteiligt, soll der staatliche Unterhaltsvorschuss Alleinerziehende unterstützen und Kinderarmut abmildern. Wir haben uns – unter anderem mit einem Antrag, aus dem eine ExpertInnen-Anhörung resultierte – dafür eingesetzt, den Unterhaltsvorschuss als familienpolitische Leistung zu erhalten, anstatt Alleinerziehende in den ALG II-Bezug zu drängen.

Aktionsplan „Queeres Brandenburg“

Aus einem Antrag unserer Fraktion wurde eine rot-rot-grüne Initiative – und daraus der „Aktionsplan für Akzeptanz von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt, für Selbstbestimmung und gegen Homo- und Transphobie in Brandenburg“. Er soll die bereits vorhandenen und vom Land Brandenburg geförderten Maßnahmen für rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung zusammenführen und ist damit ein wichtiger Schritt gegen Diskriminierung und für die Gleichstellung von LSBTIQ*-Menschen. Unter anderem fordern wir, Selbsthilfestrukturen zu unterstützen und zu verstetigen und die Bildung und Aufklärung zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt zu fördern und zu stärken.

Kleines Glossar

- **LSBTIQ*** steht als Abkürzung für lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, intergeschlechtliche und queere Menschen.
- **Parité oder Parität** steht für die Gleichberechtigung von Männern und Frauen.

Weitere Informationen zum Thema Frauen und Gender unter gruenlink.de/ppt

BILDUNG UND INKLUSION: DIE ZUKUNFTSINVESTITION

Gute Bildung beginnt früh: bei der Betreuung der Jüngsten. Auf unsere Initiative hin beschlossen vier Fraktionen einen Antrag zum Qualitätsmonitoring in Kindertagesstätten. Ab dem Sommer 2019 können jährlich 150 Kitas ihre Bildungsarbeit freiwillig wissenschaftlich untersuchen lassen. Sie erhalten eine Rückmeldung zu ihrer Arbeit und Unterstützung zur Weiterentwicklung.

Ganze sieben Mal haben wir – teilweise gemeinsam mit der CDU – im Landtag die Einführung einer sogenannten dritten Betreuungsstufe gefordert. Kinder können zwar auch heute schon länger als 7,5 Stunden am Tag in Kitas betreut werden. Aber dafür müssen die Kommunen alleine aufkommen, worunter häufig die Qualität der Betreuung leidet – zu wenige ErzieherInnen betreuen zu viele Kinder. Unsere Forderung wurde von der rot-roten Regierungskoalition leider immer wieder abgelehnt.

Wir haben angeregt, den Fachkräftebericht für die Kindertagesbetreuung fortzuschreiben. Er informiert regelmäßig darüber, wie der Bedarf an Kita-ErzieherInnen gedeckt werden kann beziehungsweise welche Maßnahmen die Landesregierung plant. Hintergrund: In mehreren Brandenburger Städten können Plätze in Kindertageseinrichtungen nicht vergeben werden, weil qualifiziertes Personal fehlt.

Mitmischen jetzt!

Mehr Orte zum Spielen, besseres Schulessen oder schnellerer Internetzugang: Kinder und Jugendliche haben viele Ideen, was sie gerne ändern würden. Wir haben – in enger Zusammenarbeit mit Jugendverbänden und anderen Trägern – nach mehreren Anläufen endlich erreicht, dass die Kinder- und Jugendbeteiligung in der Kommunalverfassung verankert wurde. Nun müssen mögliche Beteiligungsformen vor Ort erprobt und unterstützt werden.

Quer eingestiegen, gut ausgebildet

In Brandenburg herrscht Lehrkräftemangel; mindestens noch bis zum Jahr 2025 werden zu wenige voll ausgebildete LehrerInnen zur Verfügung stehen. QuereinsteigerInnen – die in manchen Schulen die Hälfte des Lehrkörpers ausmachen – können eine echte Bereicherung sein, denn sie bringen Erfahrung aus ihrer Berufspraxis mit ins Klassenzimmer. „Allerdings müssen wir ihnen eine gute Weiterbildung in Pädagogik und Fachdidaktik anbieten“, sagt unsere bildungspolitische Sprecherin Marie Luise von Halem. Auf Basis eines Antrags unserer Fraktion hat die Landesregierung ein Konzept zur Qualifizierung von SeiteneinsteigerInnen beschlossen und eine Änderung des Lehrerbildungsgesetzes eingebracht. Ein

Inklusion: Gute Bildung für alle!

Für uns sind Inklusion und inklusiver Unterricht zentrale Themen. Menschen in all ihrer Unterschiedlichkeit – mit und ohne Behinderung – sollen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Um den Erfolg der Inklusion in Brandenburg zu bewerten, haben wir bei dem Bildungsexperten Wilfried Steinert ein Gutachten in Auftrag gegeben. Ergebnis: Die gemeinsame Beschulung kommt gut voran, ist aber noch ausbaufähig. Es fehlt vor allem an (sonder)pädagogischem Personal und den rechtlichen Regelungen. Mehr dazu im Gutachten unter gruenlink.de/1jzj.

Weitere Informationen zum Thema Bildung und Inklusion unter gruenlink.de/1gbm

Erfolg – auch wenn wir weiterhin deutlichen Nachbesserungsbedarf sehen.

Unterricht vor Ort

Natur fühlen, riechen und schmecken oder Geschichte hautnah erleben und erfahren: Das prägt sich ein. Beim Unterricht vor Ort bleibt mehr hängen als auf der Schulbank. Deswegen machen wir uns für den Erhalt außerschulischer Lernorte stark. Die Regierungskoalition hat in einem Beschluss dazu wesentliche Aspekte eines Antrags, den wir gemeinsam mit der CDU eingebracht hatten, übernommen.

Auf unsere Initiative hin bekommt Brandenburg ein **landesweites Qualitätsmonitoring** in Kitas.



HAUSHALT UND FINANZEN: DAS BISSCHEN HAUSHALT

Wir haben erreicht, dass das Landesvermögen nicht in Kohle, Öl und Rüstung angelegt wird.

Geschlechtergerechter Haushalt

„Gender Budgeting“ zielt darauf ab, bei der Aufstellung des Haushaltsplans mögliche unterschiedliche Auswirkungen auf Männer und Frauen zu analysieren, mit dem Ziel, eine tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter zu fördern. Es ist damit ein wichtiges Instrument, um Geschlechtergerechtigkeit herzustellen, und in vielen Ländern längst verbreitet. Wir wollen nach Berliner Vorbild eine Berichtspflicht zur Geschlechtergerechtigkeit im Brandenburger Haushaltsgesetz verankern.

Weitere Informationen zum Thema Haushalt und Finanzen unter gruenlink.de/1kd1

Auf den ersten Blick geht es Brandenburg wirtschaftlich richtig gut. Mehr Beschäftigte, weniger Erwerbslose, steigende Einkommen und damit regelrecht explodierende Steuereinnahmen bei historisch niedrigen Zinsen ermöglichten den Verzicht auf neue Schulden und den Aufbau von Rücklagen. Trotzdem liegt die Steuerkraft weit unter der westdeutscher Bundesländer. Zudem entwickelt sich das Land sehr ungleichmäßig. Während berlinnahe Gemeinden einen Bevölkerungsboom erleben, verlieren andere unverändert EinwohnerInnen und damit zugleich Einnahmen. Um das auszugleichen, muss innerhalb des Landes umverteilt werden.

„Eine nachhaltige und generationengerechte Haushalts- und Finanzpolitik bedeutet für uns, keinen Landesteil zurückzulassen, Vorrang für Bildung, Umwelt und moderne Infrastruktur, Sicherung einer funktionsfähigen Landesverwaltung und der öffentlichen Daseinsvorsorge“, sagt unser Fraktionsvorsitzender Axel Vogel. Auch wenn es schmerzt: Manches andere, wie die auch von uns gewünschte schnelle Einführung der Kitabefreiheit oder eine beschleunigte Sanierung der Anliegerstraßen, muss dafür zurückstehen.

Schuldenbremse statt Verschuldungsverbot

Seit Jahren kämpften wir für die Verankerung der grundgesetzlich vorgeschriebenen Schuldenbremse in der Brandenburger Verfassung. Nun kommt die Verfassungsänderung endlich: Die Schuldenbremse wird so ausgestaltet, dass die Handlungsfähigkeit des Landes auch bei Konjunkturerinbrüchen und in Not-situationen gewahrt bleibt, Kredite werden

deshalb nicht völlig verboten. Allerdings gelten hierfür strenge Regeln: keine neuen Schulden ohne Tilgungsplan, konjunkturbedingte Kreditaufnahmen werden im Aufschwung nach klaren Regeln sofort zurückgezahlt. Die Rechte des Parlaments werden festgeschrieben und auf unseren Druck eine Regelung zur Tilgung der Altschulden im Begleitgesetz verankert.

Nachhaltig angelegt

Unser Antrag, die Gelder des Brandenburger Pensionsfonds nachhaltig anzulegen, hat nun zu einer Änderung der Anlagestrategie des Landes geführt. Zukünftig werden ethische und ökologische Kriterien bei der Mittelanlage berücksichtigt. Brandenburg wird dafür einer Initiative der Länder Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen beitreten, die das Ziel hat, einen nachhaltigen Aktienindex aufzulegen.

Keine Extrawurst für die IHK

Unsere Fraktion tritt dafür ein, dass die Brandenburger Industrie- und Handelskammern (IHKn) wie alle anderen Kammern auch durch den Landesrechnungshof geprüft werden können. Rechnungshöfe sind nach Bundesrecht berechtigt, nicht nur Regierungen zu prüfen, sondern auch alle Anstalten des öffentlichen Rechts. Gerade weil für die Kammern Pflichtmitgliedschaft besteht, gilt hier auch eine besondere Aufsichtspflicht des Landes. In Brandenburg gilt für IHKn bisher ein gesetzliches Prüfverbot, das wir ersatzlos streichen wollen. CDU und SPD kämpfen allerdings allen Gutachten und Gerichtsurteilen zum Trotz bislang verbissen dagegen an.

Mit einem
Zehn-Punkte-Plan
wollen wir das
Fahrradfahren
in Brandenburg
attraktiver machen.



VERKEHR UND RADVERKEHR: ÖKOLOGISCH MOBIL

Brandenburg steckt viel zu wenig Geld in den Radverkehr. Die Summe, die 2018 in den Ausbau der Fahrradinfrastruktur floss, entsprach gerade einmal etwas mehr als vier Prozent der Gesamtsumme der Ausgaben für Straßen. Und das, obwohl die Hälfte aller Radwege außerorts älter als 15 Jahre und in entsprechend schlechtem Zustand ist und viele wichtige Wegeverbindungen fehlen. Leidtragende sind vor allem PendlerInnen, die mangels Infrastruktur erst gar nicht aufs Rad umsteigen.

Die „Radverkehrsstrategie 2030“ der Landesregierung ist aus unserer Sicht in weiten Teilen keine Strategie, sondern eine bloße Beschreibung des – ernüchternden – Istzustandes. Unser Engagement für mehr Geld für den Radverkehr in den Haushaltsverhandlungen wurde ebenso wie unser Zehn-Punkte-Plan für eine Radverkehrswende in Brandenburg von Rot-Rot abgelehnt. Neben vielen weiteren Maßnahmen sah der Plan eine „Lastenradprämie“ von 1000 Euro für betrieblich oder gemeinnützig genutzte Lastenräder vor, um Abgasbelastungen, Staus und Parkraumprobleme in den Städten zu reduzieren.

Wir wollen eine echte Radverkehrswende. Wenn wir zusätzliche Radwege oder Fahrradständer fordern, verlieren wir gleichzeitig nicht aus dem Blick, dass es uns eigentlich um eine insgesamt bessere Lebensqualität in der Stadt und auf dem Land geht. Der

Umstieg aufs Rad ist die schnellste und effektivste Maßnahme, um den Autoverkehr zu reduzieren und den Klimaschutz zu verbessern.

Es wird höchste Zeit, dass der Straßenraum gerechter aufgeteilt und dem Radverkehr eine höhere Priorität eingeräumt wird. Zeit, dass sich was dreht!

Von der Straße auf die Schiene

Von der Straße auf die Schiene! Wir wollen, dass künftig mehr Güter statt mit Lkw über die Straßen per Güterzug transportiert werden. Bisher sind es nur 15 Prozent, die umweltfreundlich per Zug unterwegs sind. Bis 2030 sollen es laut EU 30 Prozent sein. Das ist aber nicht zu schaffen, wenn die Schiene – wie bisher – gegenüber der Straße politisch benachteiligt wird. Maut- und Kraftstoffpreise sinken, während die Kosten für Trassen und Strom im Bahnnetz in den letzten Jahren gestiegen sind. Problematisch daran, dass so viele Güter per Lkw transportiert werden, ist auch die Situation auf den Straßen. Nach Angaben der Polizei wird jeder sechste Unfall in Brandenburg durch einen Laster verursacht. Gleichzeitig, das hat eine Anfrage unseres verkehrspolitischen Sprechers Michael Jungclauss gezeigt, wurden die Lkw-Kontrollen von 2009 bis 2017 um die Hälfte reduziert – und das, obwohl bei zwei Dritteln aller kontrollierten Fahrzeuge und FahrerInnen

Verstöße festgestellt wurden! Zwar wurde unser Antrag „Güterverkehr in Brandenburg umweltverträglich und sicher gestalten“ nicht vom Landtag angenommen, allerdings fast alle wichtigen Forderungen daraus aufgegriffen. Unter anderem soll es in Brandenburg künftig verbesserte Lkw-Kontrollen und mehr Geld für den Ausbau des Schienenverkehrs geben.

Jetzt umsteigen – auf Bus und Bahn

Wir freuen uns über die steigenden Fahr-
gastzahlen im öffentlichen Personennah-
verkehr (ÖPNV) und wollen, dass noch
mehr Menschen auf Busse und Bahnen
umsteigen. Unser Einsatz dafür, dass Bran-
denburgerInnen, die für ihr ehrenamtliches
Engagement eine Ehrenamtskarte erhalten
haben, auch Vergünstigungen im Nahverkehr
bekommen, hat sich ausgezahlt: Für sie
gibt es künftig einen Mobilitätszuschuss.
Das von uns geforderte „365-Euro-Schüle-
rInnen-ticket“, das den Flickenteppich un-
terschiedlicher Tarife vereinfachen und
dafür sorgen sollte, dass keine Schülerin
und kein Schüler, Azubi und Freiwilligen-
dienstleistendeR mehr als 365 Euro im
Jahr zahlt, wird es nun immerhin für Aus-
zubildende und Freiwilligendienstleistende
geben. Wir halten weiterhin daran fest,
dass es auch für SchülerInnen sinnvoll
wäre.

Mit diversen Anträgen haben wir sogenannte
„landesbedeutsame Buslinien“ gefordert,
also Buslinien, die über Kreisgrenzen hi-
nausgehen und vom Land finanziert werden.
Diese gibt es zwar (immer noch) nicht,
aber es ist ein Erfolg, dass endlich Landes-
mittel in den Busverkehr fließen.

Im Personenbeförderungsgesetz ist fest-
geschrieben, dass der übrige ÖPNV, also
Straßenbahnen und Busse, bis 2022 voll-
ständig barrierefrei sein müssen. Der zu
großen Teilen veraltete Brandenburger
Straßenbahnfuhrpark muss dringend mo-
dernisiert werden, da er sonst vor dem Aus
steht. Dafür haben wir mehr Geld gefordert
als von der Landesregierung vorgesehen –
und eine Verstetigung der Mittel.

Alleen schützen!

Und schließlich: Der Alleenschutz darf nicht
unter die Räder kommen! Alleen sind land-
schaftsprägend und ein echtes Branden-
burger Markenzeichen. Sie bieten Radfah-
rerInnen Schatten, Vögeln Brutplätze und
verschönern die Landschaft. Deswegen for-
dern wir einen Alleenschutzfonds, um sie
zu erhalten.

**Weitere Informationen zum Thema
Verkehr unter gruenlink.de/1jn1**



DER BAHNHOFsversteher

70 Bahnhöfe in ganz Brandenburg hat unser verkehrspolitischer Sprecher Michael Jungclaus in den vergangenen Jahren besucht und dabei über 5.000 Zugkilometer zurückgelegt. Allesamt Bahnhöfe, die von der Landesregierung als „nachfrageschwach“ eingestuft werden, weil dort weniger als 50 Personen täglich ein- und aussteigen. Jungclaus hat in den betroffenen Gemeinden mit EinwohnerInnen, BürgermeisterInnen und OrtsvorsteherInnen über ihre Wünsche und Sorgen hinsichtlich des Bahnverkehrs gesprochen. Er ist der Frage nachgegangen, wie der ÖPNV, der gerade im ländlichen Raum eine wichtige Lebensader darstellt, dort attraktiver gestaltet werden kann. Dabei hat er auch immer wieder zum Thema gemacht, dass es keine weiteren Streckenstilllegungen geben darf. Während die Landesregierung in alten Landesnahverkehrsplänen zu dieser Frage immer „Entscheidungsbedarf“ gesehen hat, steht im aktuellen Landesnahverkehrsplan 2018, dass es keine Streckenstilllegungen geben wird. Aus den Eindrücken seiner „Bahnhofstour“, Bildern und Zitaten der Menschen

vor Ort, ist eine Ausstellung entstanden, die inzwischen durch Bahnhöfe im ganzen Land tourt. Weitere Informationen unter www.bahnhofstour.de.

Neues Leben für alte Bahnhöfe

Viele Bahnhofsgebäude in Brandenburg verfallen zusehends und haben ihre ursprüngliche Funktion längst verloren. Fahrkarten kaufen, schnell noch was zu essen auf die Hand oder eine Zeitschrift für die Fahrt: Fehlanzeige! Die allermeisten Gebäude sind heute nicht einmal mehr öffentlich zugänglich. Wir wollen, dass die Bahnhöfe im ländlichen Raum wieder zu dem werden, was sie einmal waren: geschützte Warteräume und soziale Treffpunkte. Unser Engagement für ein Bahnhofssanierungskonzept war erfolgreich. Eine neu eingerichtete „Kompetenzstelle“ berät nun BrandenburgerInnen und Kommunen, die einem Bahnhof wieder neues Leben einhauchen wollen, zu finanziellen und rechtlichen Fragen.



Wie kann der **ÖPNV**, der gerade im ländlichen Raum eine **wichtige Lebensader** darstellt, attraktiver gestaltet werden?

NATUR- UND UMWELTSCHUTZ: LEBENSRAÜME ERHALTEN!

Gift auf dem Feld, tierarme Welt? Nicht mit uns! Wir machen uns stark gegen den Einsatz von Ackergiften wie Glyphosat. „Denn deren massenweiser Einsatz hat verheerende Folgen, unter anderem einen deutlichen Rückgang der Artenvielfalt“, sagt unser umweltpolitischer Sprecher Benjamin Raschke. Besonders betroffen: Feldvögel – ihre Zahl ist in den vergangenen zwanzig Jahren um ein Drittel gesunken –, Wildbienen, aber auch Amphibien wie der Laubfrosch. 2016 testeten unsere sechs Landtagsabgeordneten ihren Urin auf Rückstände des Pflanzengiftes, das laut Weltgesundheitsorganisation WHO „wahrscheinlich krebserregend“ ist – alle positiv. Glyphosat ist auch in vielen Gewässern zu finden. Gewässer-

randstreifen als wichtigste Schutzmaßnahme konnten wir allerdings nicht durchsetzen;

**Gift auf dem Feld,
tierarme Welt?
Nicht mit uns!**



der Widerstand der im „Forum Natur“ organisierten LandnutzerInnen war zu stark.

Wir wollen den Anteil der ökologischen Landwirtschaft erhöhen, denn sie kommt ohne Ackerchemie aus. Darüber hinaus haben wir mehr Geld für den Vertragsnaturschutz und die Förderung von Brachen, Blühstreifen und vielfältigen Fruchtfolgen gefordert, da diese den bedrohten Arten Zuflucht bieten. Das Umweltministerium hat nun immerhin angekündigt, künftig Blühstreifen fördern zu wollen. Auch für mehr Personal für den Naturschutz haben wir uns eingesetzt. Bei den Großschutzgebieten konnten wir einen Teilerfolg erringen, mehr Personal für die EU-Naturschutzregeln (FFH-Richtlinie) gibt's aber nicht.

„Klare Spree“ statt „Braune Spree“

Eisenerocker und Sulfat aus dem Braunkohletagebau werden vom Grundwasser in die Spree und ihre Nebengewässer gespült. Schon 2015 hat der Brandenburger Landtag

beschlossen, einen strategischen Gesamtplan für den Umgang mit der „Braunen Spree“ zu entwickeln. Der wird allerdings nicht mehr in dieser Wahlperiode fertig werden. Vorausgegangen war ein gemeinsamer Antrag von uns und CDU.

Auch an anderer Stelle haben wir uns gegen die aus dem Braunkohletagebau resultierenden Umweltschäden engagiert: Die Entsorgung von Eisenhydroxidschlämmen in den Altdöberner See konnte abgewendet werden, weil wir uns gemeinsam mit der CDU dagegengestemmt haben. Jetzt kämpfen wir dafür, dass der Meuroer See nicht geopfert werden muss, sondern eine oberirdische Deponie geprüft wird.

Auf unser beständiges Bohren hin ist es endlich amtlich, dass die Tagebaue Mitverursacher der massiven Wasserverluste in den umliegenden Seen sind. Inzwischen hat die Landesregierung dem Tagebaubetreiber LEAG Maßnahmen zur Stützung der Seen rund um Jänschwalde verordnet.

Was sonst noch geschah

Wir haben dafür gestritten, dass die Internationale Natúrausstellung INA in der Lieberoser Heide entstehen kann – und freuen uns, dass ein rot-roter Entschließungsantrag viele Aspekte unseres Antrags aufgreift. Gleiches gilt für unseren Antrag zur Umsetzung der Landesnachhaltigkeitsstrategie. Die traditionsreiche Obstbauversuchsanstalt Müncheberg, in der zu Forschungszwecken seit fast 90 Jahren Obstsorten angebaut werden und deren Fortbestand zwischenzeitlich gefährdet war, bleibt – auch durch unser Zutun – erhalten. Darüber hinaus haben wir wiederholt den Anbau von Spargel unter Folie kritisiert, besonders in Natura-2000-Naturschutzgebieten. Durch die Abdeckung mit Folie wird Vögeln der Zugang zu ihrem Lebensraum verwehrt, Nahrungsgrundlage und Brutgebiete gehen verloren. Inzwischen wurde bekannt, dass deshalb ein Vertragsverletzungsverfahren der EU droht.

Weitere Informationen zum Thema Natur- und Umweltschutz unter gruenlink.de/1g27

STRUKTURWANDEL: GUTES MORGEN FÜR DIE LAUSITZ

Der Klimawandel wartet nicht! Deshalb setzen wir uns schon seit vielen Jahren für den schnellstmöglichen Ausstieg aus der klimaschädlichen Braunkohleverstromung ein. Und schon seit den 90er Jahren fordern wir Brandenburger Bündnisgrüne, den Strukturwandelprozess proaktiv zu planen und zu gestalten. Auch in dieser Wahlperiode war das ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Der Umbauprozess kann umso besser gelingen, je eher und intensiver die Ideen aus der Lausitz – aus der Bevölkerung und von den zahlreichen AkteurInnen vor Ort – aufgegriffen und unterstützt werden.

Anstatt voranzugehen, steckte die rot-rote Landesregierung jedoch den Kopf in den Sand und ihre politische Energie hauptsächlich in die maximale Verzögerung des Kohleausstiegs. Dabei hat sie es jahrelang versäumt, den seit vielen Jahren absehbaren Prozess vorzubereiten und zu gestalten. Jetzt drängt die Zeit und der beginnende Ausstieg aus der Braunkohle sorgt zunehmend für Verunsicherung in der Lausitz. Die Folgen des Wegfalls von Arbeitsplätzen in der Braunkohle Anfang der 90er Jahre –

von damals 80.000 auf heute 8.000 – sind nicht vergessen. Und auch heute noch ist die Braunkohlewirtschaft für die Region ein wichtiger Wirtschaftszweig. Insbesondere die direkt und indirekt dort Beschäftigten erwarten umfassende Veränderungen, die nicht einfach zu bewältigen sein werden. Mit dem Ergebnis der Kohlekommission kann man mit Blick auf die Klimakrise nicht zufrieden sein. Aber es ist ein Einstieg in den Ausstieg aus der Kohle.

Masterplan nötig

„Zur Umsetzung des Strukturwandels braucht es konkrete, in der Region entwickelte Projekte und ein zentral verantwortliches Steuerungsteam, das mit den nötigen Kompetenzen und Ressourcen ausgestattet ist“, sagt unsere energiepolitische Sprecherin Heide Schinowsky. Um die Bevölkerung in die Gestaltung des Strukturwandelprozesses einzubeziehen, muss zudem gemeinsam ein Leitbild für die Lausitz entwickelt werden. Darüber hinaus ist auch ein Masterplan mit klaren Zielen und Maßnahmen für den Transformationsprozess nötig.

Zum Weiterlesen

Der ausführliche Antrag „Lausitz 2030“ ist hier zu finden: gruenlink.de/1iz4 (pdf-Datei), unsere Studie „Lausitz im Wandel. Wie weiter nach der Kohle?“ hier: gruenlink.de/1akl (pdf-Datei)

Weitere Informationen zum Thema
Strukturwandel unter gruenlink.de/1ity

All diese Forderungen haben wir zuletzt in dem Beschluss „Lausitz 2030: Den notwendigen Strukturwandel systematisch gestalten: Bundesmittel für Strukturförderung weise nutzen“ zusammengefasst und im Herbst 2018 vorgestellt. Ergänzt wird der Beschluss durch eine Liste mit konkreten Vorhaben, unter anderem dem Aufbau eines Innovationszentrums der Industrie in Brandenburg.

Landesregierung ohne Konzept

Erst Ende Dezember 2018 stellte das Landeskabinett einen Plan für den Struktur-

wandel mit einem Sofortprogramm vor. Neu war das alles nicht. Viele der Ideen und Vorschläge hatten wir Bündnisgrüne bereits 2015 eingebracht, sie wurden nun endlich von Rot-Rot aufgegriffen. Was beim so genannten Sofortprogramm der Landesregierung fehlt, ist ein roter Faden, sind erkennbare Qualitätskriterien zur Auswahl der Projekte. Bei der Liste entsteht vielmehr der Eindruck eines relativ willkürlich zustande gekommenen Sammelsuriums von Projekten.

Wir setzen uns dafür ein, dass der **Strukturwandel** in der Lausitz **proaktiv** angegangen wird, bevor ein Großteil der noch vorhandenen Arbeitsplätze wegfällt.



NSU-UNTERSUCHUNGEN: VERFASSUNGSSCHUTZ IST MITVERANTWORTLICH

Brandenburgs Verfassungsschutz wusste im September 1998 von Bewaffnungs- und Überfallplänen eines untergetauchten Neonazi-Trios, das heute als NSU bekannt ist. „Hätte der Verfassungsschutz seine Erkenntnisse an die Polizei weitergegeben, dann hätten die Rechtsterroristen womöglich vor ihrem ersten Mord festgenommen werden können“, sagt unsere Fraktionsvorsitzende und Obfrau im NSU-Untersuchungsausschuss Ursula Nonnemacher. „Nach der Beweisaufnahme im Untersuchungsausschuss steht für mich fest, dass der Verfassungsschutz bezüglich dieser Informationen keinen Ermessensspielraum hatte – er hätte die Polizei einschalten müssen!“

Verfassungsschutz-Informant „Piatto“ hat 1998 sogar die Namen von zwei „Blood & Honour“-Leuten genannt, welche die flüchtigen Rechtsextremisten unterstützen würden. Sie kamen beide aus dem Raum Chemnitz, wo sich das Trio – nach dem Untertauchen am 26. Januar 1998 – versteckt hielt. „Wenn das die Polizei in Sachsen gewusst hätte, hätte sie die beiden Personen lückenlos überwachen können, um Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe zu finden“, erklärt Ursula Nonnemacher.

Versackte Informationen

Ein Auswerter des Brandenburger Verfassungsschutzes hat die drei Gesuchten im

September 1998 völlig richtig als „aus Thüringen stammende Rechtsterroristen“ eingeordnet, das Risiko des Schusswaffengebrauchs thematisiert und die Prüfung angeregt, ob Informationen an die Polizei weitergeleitet werden können. Er verfügte, dass sein Vermerk auch an den Behördenleiter geht. Doch dessen Stellvertreter, zugleich Leiter des Auswertungsreferats, unterband dies – eine mögliche mündliche Information versackte in der Behörde.

Als der ehemalige Verfassungsschutzchef diesen Vermerk im Untersuchungsausschuss vorgelegt bekam, sagte er: „Das ist ein Sachverhalt, der weitergegeben werden muss“ – an die Strafverfolgungsbehörden und zwar auf Grundlage des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes. Ein ehemaliger Abteilungsleiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz bestätigte, dass man aufgrund der Gefährlichkeit des Trios „hier den Quellenschutz sicherlich nicht so hochhalten kann, wie man das vielleicht gerne möchte“. Die Landesbehörde hatte aus Quellenschutzgründen die Polizei nicht informiert.

Konsequenzen gefordert

Die Untersuchungsausschuss-Bilanz fällt auch darüber hinaus erkenntnisreich aus. Ursula Nonnemacher: „Wir haben herausgefunden, dass Anfang der 2000er-Jahre

Sand ins Getriebe von Polizei und Staatsanwaltschaften geriet, wenn sie Verfassungsschutz-V-Leute oder gar V-Mann-Führer ins Visier nahmen.“ Im Fall „Piatto“ wurden Polizeimaßnahmen auf Wunsch des Verfassungsschutzes abgesagt, bei V-Mann Toni S. durften Verfassungsschützer offenbar mit zur Hausdurchsuchung und im Falle des Geheimnisverrats von V-Mann Christian K. wurde gut zwei Jahre lang überhaupt nicht ermittelt – ehe die zuständige Staatsanwaltschaft infolge journalistischer Recherchen davon erfuhr und Ermittlungen einleitete. „Deren Ausgang wurde allerdings –

nachdem das Innenministerium Druck gemacht hatte – vom Justizministerium über den Generalstaatsanwalt und den Leitenden Oberstaatsanwalt beeinflusst.“

Die bündnisgrüne Sicherheitspolitikerin fordert Konsequenzen: „Die Arbeit des Verfassungsschutzes muss mindestens gesetzlich beschränkt und parlamentarisch besser kontrolliert werden. Noch besser wäre ein kompletter Neustart mit einer Institution für Verfassungsschutz, die nicht nachrichtendienstlich, sondern wissenschaftlich-analytisch arbeitet.“

Weitere Informationen zum NSU-Untersuchungsausschuss unter gruenlink.de/1kh4



Der Verfassungsschutz muss besser kontrolliert werden – das ist ein Ergebnis des NSU-Untersuchungsausschusses.

SOZIALE GERECHTIGKEIT: TEILHABE FÜR ALLE

Wir wollen Teilhabe an Bildung, Arbeit, Gesundheit und Einkommen für alle! Dazu müssen vor allem diejenigen in den Fokus rücken, die in unserer Gesellschaft schnell vergessen werden: arme Kinder und Jugendliche, Arbeitssuchende und Geringverdienende, Menschen mit Behinderungen oder mit Pflegebedarf.

Sie alle haben auch schlechtere gesundheitliche Chancen. Das wollen wir ausgleichen, egal ob bei Impfungen oder der Beratung von Schwangeren. Bessere Angebote in den Kommunen müssen her! In einer Anhörung zu dem Antrag, den wir dazu gemeinsam mit der CDU gestellt hatten, wurde deutlich, dass auch das Fortbildungsangebot für ÄrztInnen im Öffentlichen Gesundheitsdienst nicht ausreicht. Unsere Forderung wurde von den Koalitionsfraktionen aufgegriffen.

**Menschen mit
Behinderungen**
sollen – wie alle anderen
auch – **entscheiden
können**, wie sie
leben möchten.

Weitere Informationen zum Thema
Soziales und Teilhabe unter
gruenlink.de/1k7s



Weg von bevormundender Fürsorge

Deutschland hat 2009 die UN-Behindertenrechtskonvention unterzeichnet. Ein wichtiger Schritt zu deren Umsetzung ist das Bundesteilhabegesetz. Wir haben die Landesregierung erfolgreich dazu aufgefordert, sich im Bund für ein Gesetz stark zu machen, das diesen Namen auch verdient: weg von bevormundender Fürsorge, hin zu echter Teilhabe und Selbstbestimmung. „Menschen mit Behinderung sollen – wie alle anderen auch – unabhängig von ihrem Wohnort entscheiden können, wie sie leben möchten, wo sie wohnen, wo sie arbeiten oder zur Schule gehen wollen“, sagt unsere Fraktionsvorsitzende Ursula Nonnemacher. Zu Teilhabe gehört auch politische Entscheidungsfreiheit. Bisher wurden in Brandenburg Menschen, die betreut werden, und solche, die im Maßregelvollzug in psychiatrischen Kliniken untergebracht sind, von Wahlen ausgeschlossen. Mit einem Antrag wollten wir das ändern. Im Sommer 2018 hat Rot-Rot unsere Forderung mit dem „Gesetz zur Erweiterung des Wahlrechts im Land Brandenburg“ umgesetzt.

Wir haben außerdem wichtige Impulse für eine Weiterentwicklung des Brandenburger

Psychisch-Kranken-Gesetzes gegeben. Denn ausgerechnet psychisch kranke Kinder und Jugendliche – eine besonders verletzte Gruppe – sind dramatisch unterversorgt; das hat unser Fachgespräch gezeigt.

Mehr Qualität in der Pflege

Die Bevölkerung wird immer älter. Deswegen werden auch in Brandenburg immer mehr Menschen gepflegt. Bisher haben professionell Pflegenden aber zu wenig Mitspracherecht im Gesundheitssystem. Das wollten wir – gemeinsam mit der CDU – durch die Einrichtung einer Pflegekammer ändern. Die Kammer würde es den Pflegenden ermöglichen, über die Versorgungsqualität mitzubestimmen. Die Landesregierung hat dreieinhalb Jahre gebraucht, um eine Befragung der Pflegekräfte durchzuführen. Jetzt, wo sich eine Mehrheit der professionell Pflegenden für die Errichtung einer Pflegekammer ausgesprochen hat, setzt die Landesregierung dies nicht um.

Unser Vorschlag, ambulante Pflegedienste besser zu beaufsichtigen, um Abrechnungsbetrug entgegenzuwirken und die Pflegequalität sicherzustellen, fand leider keine Zustimmung.

Diskriminierung? Keine Chance!

Niemand darf wegen Nationalität, Geschlecht, sexueller Identität oder Religion benachteiligt werden. Für den privatrechtlichen Bereich, etwa Mietverträge, regelt das auf Bundesebene bereits das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Anders sieht es im öffentlichen Bereich aus, also in Behörden und Schulen. Wir finden: Opfer von Diskriminierungen müssen auch im öffentlichen Bereich eine Handhabe bekommen, sich zur Wehr zu setzen. Unser Entwurf für ein Landes-Antidiskriminierungsgesetz sollte diese Lücke füllen. Die Regierungskoalition hat zwar einige unserer Forderungen aufgegriffen, aber die Lücke bleibt.

LÄNDLICHE RÄUME: AUS DER ARBEIT DER ENQUÊTEKOMMISSION



Im Sommer 2015 wurde auf unsere Initiative hin im Landtag ein neuer Ausschuss ins Leben gerufen, die Enquêtekommission zur „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“. Ihr Auftrag: Empfehlungen für das Land und die Kommunen zu erarbeiten, wie unsere ländlichen Regionen bis 2040 nachhaltig entwickelt werden können. Der Landtag ging mit der Kommission neue Wege, dank uns gab es zahlreiche Beteiligungsmöglichkeiten: Viele der Sitzungen fanden nicht in Potsdam, sondern im ländlichen Raum statt. Dort wurde eine Sprechstunde für BürgerInnen angeboten. Sitzungen in Potsdam wurden live im Internet übertragen. Und zusätzlich gab es ein Online-Dialogportal.

In dreieinhalb Jahren Arbeit haben wir nicht nur fraktionsübergreifend erreicht,

dass sich die Landespolitik überhaupt wieder intensiv mit den ländlichen Räumen beschäftigt. Wenn nichts dazwischen kommt – der Abschlussbericht der Kommission wird nach Redaktionsschluss verabschiedet –, wird am Ende auch ein solides Arbeitsprogramm mit weit über 100 Empfehlungen herauskommen.

Die aus unserer Sicht wichtigsten Empfehlungen:

1. Brandenburgs ländliche Räume lebenswert gestalten: In der Kommission war schnell Konsens: Die ländlichen Räume werden nicht aufgegeben, sondern gehören entwickelt. Alle BrandenburgerInnen haben einen Anspruch auf eine Grundversorgung von Wasser bis Brandschutz. Dafür braucht es eine Strategie des Landes. Schon der Name des neuen „Landesentwicklungsplan

Wie geht's weiter?

Die Arbeit der Enquête endet im ersten Halbjahr 2019, am Ende steht ein Abschlussbericht. Dieser gehört nicht in die Schublade, sondern umgesetzt! Dafür braucht es aus Sicht unserer Fraktion eine klar verantwortliche Person in der nächsten Landesregierung. „Wir fordern daher die Schaffung einer Abteilung im Ministerium und einer Stabsstelle ‚Stärkung der Ländlichen Räume‘ in der Staatskanzlei“, sagt unser Sprecher für den Ländlichen Raum Benjamin Raschke. Die Handlungsempfehlungen der Enquête müssen zu einer Strategie zur Entwicklung der ländlichen Räume weiterentwickelt werden.



In der Enquêtekommision zur Zukunft der ländlichen Räume engagieren wir uns für **starke ländliche Regionen.**

Weitere Informationen zum Thema
ländlicher Raum unter gruenlink.de/1eq2

Hauptstadtregion“ zeigt, dass er bislang keine solche beinhaltet.

2. Mehr Selbstbestimmung: Brandenburg kann nicht alleine von Potsdam aus entwickelt werden, nötig ist mehr Selbstbestimmung der ländlichen Räume. Dafür braucht es mehr finanziellen Spielraum, selbstverwaltete Ortsteil- und Regionalbudgets, mehr Rechte für Ortsbeiräte und die Jugend und mehr politische Beteiligung auf Landesebene, etwa durch ein sogenanntes „Parlament der Dörfer“.

3. Schnelles Internet und mehr ÖPNV: Ziel ist eine flächendeckende Glasfaser-Infrastruktur bis 2030. Das Land muss zudem Geld für ein hochwertiges Mobilitätsangebot in allen Regionen in die Hand nehmen.

4. Dorfläden unterstützen: Sie müssen nicht nur erhalten, sondern zu Multifunktionszentren weiterentwickelt werden. Dazu soll

das Land eine zentrale Anlauf- und Beratungsstelle schaffen, die Initiativen vor Ort unterstützt.

5. Kurze Schulwege für kurze Beine: Die Schließung von Schulstandorten muss verhindert, die Empfehlungen der Demografie-Kommission des Bildungsministeriums müssen umgesetzt werden.

6. Mehr Wertschöpfung durch Regionalität: Für eine ökologisch ausgerichtete, naturnahe Landwirtschaft mit regional verankerten Betrieben muss der Ökolandbau in den nächsten Jahren deutlich ausgebaut werden.

7. Gut altern in Brandenburg: Das Land sollte Kommunen zukünftig stärker unterstützen, denn medizinische Versorgung in der Fläche zu sichern geht nur gemeinsam. Ein wichtiger Baustein dabei ist die stärkere Vernetzung von Pflege und medizinischer Versorgung in Gesundheitszentren.

DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT: MITMACHEN STATT ZUSCHAUEN

Eine starke Demokratie lebt davon, dass sich ihre Bürgerinnen und Bürger einmischen (können). Leider landete Brandenburg im letzten Bundesländerranking auf dem drittletzten Platz in Sachen Direkte Demokratie. Note 4, setzen! An mangelndem Engagement liegt's nicht: In unserem Bundesland gab es bisher 48 Volksinitiativen, 14 davon wurden zu Volksbegehren. Darunter auch das erfolgreiche Volksbegehren gegen Massentierhaltung, dem 104.000 BrandenburgerInnen ihre Unterschrift gaben.

„Wir kämpfen seit Jahren dafür, die Mitwirkungsrechte von BürgerInnen bei direktdemokratischen Verfahren zu stärken“, sagt unsere Fraktionsvorsitzende Ursula Nonnemacher. Eines unser wichtigstes Anliegen: Die Einführung der freien Unterschriftensammlung – in den meisten Bundesländern längst erlaubt. Hierzulande müssen BürgerInnen ihre Unterschrift für ein Volksbegehren immer noch auf dem Amt oder per Briefeintrag abgeben. Eine zu hohe Hürde, finden wir. Leider wollte Rot-Rot unseren Vorschlag für ein

Was wir sonst noch erreicht haben

BeamtenInnen in Brandenburg dürfen sich auf unseren Anstoß hin nun auch gesetzlich versichern lassen – ein Schritt hin zur solidarischen Gesundheitsversicherung. Unser Antrag für eine unabhängige Polizeibeschwerdestelle wurde zwar vom Landtag abgelehnt. Das Polizeipräsidium führte in der Folge aber einen jährlichen Bericht zu Beschwerden in der Polizei ein. Der Rechtsausschuss hält auf unseren Vorschlag hin künftig in jeder Wahlperiode eine Ausschusssitzung in jeder Justizvollzugsanstalt des Landes ab, um sich vor Ort ein Bild zu machen. Auch dank uns gibt es in der Justiz erstmals wieder neue Stellen statt Kürzungen. Die verbesserte Vergütung von GerichtsvollzieherInnen und JustizwachmeisterInnen geht ebenfalls mit auf uns zurück. Beim Bestattungsgesetz konnten wir uns an einigen Stellen durchsetzen: Grabsteine, die unter Einsatz von Kinderarbeit entstanden, können künftig in Brandenburg verboten werden. Abgeordnete unserer Fraktion haben außerdem mit angestoßen, dass die Bestattungspflicht für totgeborene Frühchen künftig auch schon ab 500 Gramm Geburtsgewicht greift. Außerdem sollen Geburtseinrichtungen darauf hinweisen, dass Fehlgeborene freiwillig bestattet werden können.

neues Volksabstimmungsgesetz nicht einmal diskutieren. Immerhin: Die Plakatwerbung bei Wahlen und Abstimmungen ist auf unseren Antrag hin nun besser geregelt.

Plenararbeit interessanter gestalten

Gleich zu Beginn dieser Wahlperiode haben wir uns mit unserem Antrag „Das Parlament zum zentralen Ort der öffentlichen Debatte machen!“ dafür eingesetzt, dass die Arbeit des Landtags für BürgerInnen interessanter wird. Es gab daraufhin einige Änderungen an der Geschäftsordnung: Jede Fraktion darf nun einen Themenbereich der Tagesordnung, den sie besonders wichtig findet, hervorheben und vorziehen. Außerdem gibt es eine Live-übertragung nicht mehr nur aus dem Plenum, sondern auch aus einigen Ausschüssen. Und: Wichtige Redebeiträge werden in Gebärdensprache übersetzt.

Mehr Transparenz: ja, bitte!

„Open Data“ sind (Behörden-)Daten, die von allen für jegliche Zwecke genutzt, weiterverarbeitet und weiterverbreitet werden. Wir wollen schon seit Jahren öffentliche Verwaltungen und Behörden gesetzlich verpflichten, ihre Daten für mehr Transparenz kostenfrei im Internet zur Verfügung zu stellen. Dank eines fraktionsübergreifenden Antrags bekommt Brandenburg nun endlich ein Open-Data-Portal. Beim Thema E-Government, der elektronischen Verwaltung, hinkt die Mark aber immer noch hinterher. Unsere Änderungsanträge zum neuen E-Government-Gesetz von Rot-Rot unter anderem zu Barrierefreiheit fanden keine Mehrheit.

Die **Plakatwerbung** bei Wahlen und Volksinitiativen ist auf unseren Antrag hin nun besser geregelt.



Weitere Informationen zum Thema
Demokratie, Recht und Innenpolitik unter
gruenlink.de/1kbx

ILLEGALER MÜLL: WAS SCHLUMMERT IN UNSEREM BODEN?

Weit über 100 illegale Müllablagerungen gibt es in Brandenburg. Ein Teil davon sind Lappalien, wenn etwa ein Unternehmen mehr Mutterboden lagert als zugelassen. Ein Teil geht auf überforderte BetreiberInnen legaler Deponien zurück, die Insolvenz anmel deten. Der größte Teil aber ist aus handfester Kriminalität entstanden. Gerade dann weiß niemand genau, was in den Halden schlummert. Bis heute hat die Landesregierung es nicht geschafft, sich einen Überblick zu verschaffen. Damit ist auch unklar, welches Risiko für die Gesundheit der AnwohnerInnen, für Luft und Wasser besteht.

Gift im Grundwasser

Wie wichtig eine Bestandsaufnahme und eine Strategie zur Beräumung sind, zeigt das Beispiel Kieshalde Lindower Heide (Teltow-Fläming): Erst durch ein Gerichtsverfahren wurde öffentlich, dass jahrelang

toxische Stoffe wie Bor in hoher Konzentration ins Grundwasser geraten sind. Zuvor hatte Umweltminister Vogelsänger (SPD) stets Gefährdungen durch illegale Halden ausgeschlossen. Für Vogelsänger besteht das Müllproblem zudem fast ausschließlich aus „Altfällen aus der Nachwendezeit“. Inzwischen musste er auf Nachfragen von uns und Linker zugestehen, dass in den letzten Jahren stets neue illegale Müllhalden hinzukamen.

Gleichzeitig wachsen die schon bestehenden Berge, denn: Müll zieht Müll an. Davon machte sich unser umweltpolitischer Sprecher Benjamin Raschke im Rahmen seiner Sommertour „Abfuhr für illegalen Müll“ 2018 selbst ein Bild und tauschte sich vor Ort mit VertreterInnen von Umweltbehörden, Bürgerinitiativen, Unternehmen, AnwohnerInnen und KommunalpolitikerInnen zum Thema aus.

Grundwasser in Gefahr!

Unsachgemäß bzw. illegal gelagerter Müll kann das Grundwasser belasten – ebenso wie Düngemittel und Pestizide aus der Landwirtschaft, Gülle aus der Massentierhaltung, Einträge aus der Industrie oder Altlasten aus der DDR. Auf unserer Website haben wir exemplarisch Daten zur Gefährdung unseres Grundwassers zusammengetragen und auf Karten visualisiert: gruenlink.de/1jip

Weitere Informationen zum Thema illegaler Müll unter gruenlink.de/1jio

Hochproblematisch ist auch die besondere Brandgefahr der Halden. Vielerorts lagern schnell entzündliche Stoffe, die Lage für die Feuerwehren ist oft unübersichtlich. Die Großbrände im Sommer 2018, darunter gleich mehrere in einem Senftenberger Reifenlager, sind ein trauriger Beleg.

Mit Strategie gegen den Müll

Schon lange hatte Vogelsänger versprochen, das Thema zur „Chefsache“ zu machen. Mit Anträgen, Anfragen und Fachgesprächen engagieren wir uns seit Jahren dafür, dass das Land auch tatsächlich endlich eine Strategie zur Untersuchung, Beräumung und Finanzierung entwickelt. „Anwohnerinnen und Anwohner müssen wissen, was da genau vor sich hin rottet und ob ein Risiko besteht. Und wir brauchen das klare politische Ziel, alle illegalen Müllhalden beräumen zu wollen“, sagt Benjamin Raschke.

Unser letzter Antrag, den wir gemeinsam mit CDU und den fraktionslosen Abgeordneten Iris Schülzke und Christoph Schulze im Winter 2018 ins Plenum einbrachten, wurde zwar auch abgelehnt. Auf un-

seren Druck hin gibt's es jetzt aber immerhin 600.000 Euro zusätzlich, eine Prioritätenliste für alle Anlagen in Landeszuständigkeit wurde angelegt (für die Kommunen nicht!) und die Regierung verpflichtet, für diese Anlagen alle zwei Jahre einen Bericht vorzulegen.

Es geht voran, wenn auch in kleinen Schritten. Grün wirkt, sogar aus der Opposition heraus!

Weit über **100 illegale Müllhalden** gibt es in Brandenburg – wir fordern eine Beräumungs- und Finanzierungsstrategie.



INTEGRATION: VOM GEFLÜCHTETEN ZUM NACHBARN

Weltweit sind über 68 Millionen Kinder, Frauen und Männer auf der Flucht. Sie werden durch Kriege und bewaffnete Konflikte aus ihrer Heimat vertrieben oder müssen sie wegen Verfolgung und Ausgrenzung verlassen. Bei uns kommt nur ein winziger Teil von ihnen an: Im Jahr 2017 wurden in Brandenburg 4.340 Geflüchtete aufgenommen, 2018 3.269 auf die Kommunen verteilt. Gleichzeitig ist die politisch motivierte Gewaltkriminalität von rechts – trotz Rückgangs – weiterhin auf sehr hohem Niveau.

Das belegen zahlreiche Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte und Angriffe auf Geflüchtete.

Besonderer Schutzbedarf

„Um Menschen, die vor Verfolgung und vor Gefahr für Freiheit, Leib und Leben zu uns fliehen, besser vor Anfeindungen und Gewalt zu schützen, haben wir mit einem Antrag erfolgreich gefordert, besonders gefährdete Flüchtlinge in der Erstaufnahme und in



Uns leitet die Frage:
**Was brauchen wir,
damit aus Geflüchteten
NachbarInnen und
ArbeitskollegInnen
werden?**

Aufnahmeprogramm für Jesidinnen

Die Jesiden, eine religiöse Minderheit in Syrien und im Nordirak, wurden vom sogenannten Islamischen Staat (IS) terrorisiert, versklavt, vergewaltigt, gequält und ermordet. Auf unsere Anregung hin hatte sich der Landtag 2016 überfraktionell für die Aufnahme einer begrenzten Zahl von Jesidinnen außerhalb des regulären Asylverfahrens ausgesprochen. Trotz zögerlichen Handelns der Landesregierung und viel Abstimmungsbedarf mit dem Bund: Im April 2019 werden endlich die ersten Frauen und Kinder in Brandenburg eintreffen.

Weitere Informationen zum Thema Migration und Integration unter gruenlink.de/1k5z

Gemeinschaftsunterkünften stärker zu schützen“, sagt unsere Fraktionsvorsitzende Ursula Nonnemacher. Als besonders schutzbedürftig gelten zum Beispiel Frauen und Kinder, Menschen mit schweren Gewalterfahrungen, Lesben und Schwule sowie Menschen mit Behinderungen.

Brandenburg hat als erstes Bundesland – auf unseren Antrag hin – ein Bleiberecht für Flüchtlinge eingeführt, die Opfer rechter Gewaltstraftaten geworden sind. Bei ausreisepflichtigen Opfern rechter Gewaltstraftaten soll nun von der Möglichkeit der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen und Duldungen konsequent Gebrauch gemacht werden.

Wir haben uns konsequent gegen Abschiebungen in das Bürgerkriegsland Afghanistan eingesetzt und erreicht, dass das Landesaufnahmeprogramm für Angehörige von Geflüchteten aus Syrien um ein Jahr verlängert wird.

Fair untergebracht, gut integriert

Geflüchtete, die dauerhaft in Gemeinschaftsunterkünften wohnen bleiben, müssen dafür bis zu 600 Euro pro Monat und Person für

die Unterbringung in einem Mehrbettzimmer berappen. Summen, die uns weder angemessen noch dauerhaft leistbar schienen und die deshalb bestimmt nicht integrationsförderlich sind! Wir wollten mit einem Antrag herausfinden, worin die Gründe dafür liegen, und eine Anhörung zeigte: Das Thema ist hochkomplex. Sie hat aber immerhin bereits zu einem Umdenken und zu einzelnen Korrekturen in den Kreisen geführt.

Wie sieht die Landesregierung LehrerInnen auf die kulturelle Vielfalt im Klassenzimmer vorbereitet? Wie beurteilt sie die medizinische Versorgung Geflüchteter? Was sind die Aufgaben der Landesintegrationsbeauftragten? Diese und über 180 weitere Fragen stellten wir 2016 der Landesregierung mit einer Großen Anfrage. Ziel war es, das veraltete Landesintegrationskonzept auf den neuesten Stand zu bringen. Die Antworten führten zur Weiterentwicklung des Konzepts. Das finden wir gut, denn unsere migrationspolitische Arbeit leitet stets die Frage: Was brauchen wir, damit aus Geflüchteten NachbarInnen, Arbeitskollegen und KitafreundInnen werden? Ein Teil unserer Antwort ist: Dialog, Begegnung und im Alltag gelebte Wertevermittlung.

POLITIK FÜR KOMMUNEN: GEMEINSAM GUT

Viele BrandenburgerInnen engagieren sich in Vereinen, bei der Feuerwehr, in Kita und Schule. Teilweise übernehmen sie dabei Aufgaben, von denen sich der Staat zurückgezogen hat oder die die Gemeinde nicht mehr finanzieren kann. Dieses Mehr an Verantwortung trifft immer noch auf enge, unzeitgemäße Regeln für politische Teilhabe. Auch deswegen haben wir uns in der Debatte um Veränderungen in der Kommunalverfassung dafür eingesetzt, Hindernisse für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide zu beseitigen:

die Kostenschätzung zu vereinfachen, die Briefwahl zu ermöglichen und auch über die Aufstellung von Bebauungsplänen und Teile des Haushalts entscheiden zu lassen. Außerdem fordern wir die Stärkung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten und der Behindertenbeauftragten, deren Stellungen in der Kommunalverfassung derzeit noch zu schwach sind. Und wir haben erfolgreich für die Direktwahl von Beiräten gestritten, die bislang in den allermeisten Fällen nicht erlaubt war.



Wir sagen:
Hindernisse für
Bürgerbegehren und
Bürgerentscheide
müssen weg!

Weitere Informationen zum Thema Politik
für Kommunen unter gruenlink.de/1kdt

Unsere Ideen für die Kommunalreform

Unsere Fraktion hat den grundsätzlichen Bedarf einer Kommunalreform immer gesehen und sich von Anfang an in die Debatte eingeklinkt. Unsere Ideen wichen aber deutlich von denen der Landesregierung ab. Am Ende ging der Ministerpräsident mit seinem „Prestigeprojekt“ dieser Wahlperiode krachend baden – viele Aspekte, die wir in die Debatte eingebracht hatten, werden aber nach und nach aufgegriffen. Das gilt vor allem für die eingangs beschriebenen Punkte zum Ausbau der BürgerInnenbeteiligung in der Kommunalverfassung. Sie fanden sich in einem gemeinsamen Entschließungsantrag mit SPD und Linker, die wir in den Leitbildprozess zur Kommunalreform eingebracht hatten.

Gerechte Finanzierung

„Kommunale Selbstverwaltung und lokaler Gestaltungswillen stoßen schnell an Grenzen, wenn die Kassen leer sind oder der Gemeinde gar ein Haushaltssicherungskonzept auferlegt wurde“, sagt unsere Fraktionsvorsitzende Ursula Nonnemacher. Leider ist das noch viel zu häufig der Fall. Um aus dieser Misere herauszukommen, streiten wir Bündnisgrüne im Landtag nicht nur für eine ausreichende und gerechte Finanzierung der Kommunen über das Finanzausgleichsgesetz, sondern auch für eine gezielte Entschuldung durch das Land, die Erhaltung eigener kommunaler Einnahmen und eine bessere Beteiligung des Bundes an den Sozialausgaben. Die Teilentschuldung und mehr Geld für Kommunen finden sich nun im Doppelhaushalt 2019/2020 wieder.

Ja zum Verbandsgemeindemodell!

Schon 2012 haben wir ein Gutachten in Auftrag gegeben, das die Empfehlung aussprach, das so genannte Verbandsgemeindemodell in Brandenburg einzuführen. Dieses in anderen Bundesländern seit Jahrzehnten bewährte Modell zeichnet sich durch direkt gewählte BürgermeisterInnen und Verbands-

gemeindevertretungen aus. Gut, dass die Verbandsgemeinde jetzt auch in Brandenburg neben anderen Gemeindemodellen eingeführt wurde.

Vereinfachte Kommunalabgaben

Ob Winterdienst oder Straßenreinigung, Abwasser- oder Müllentsorgungsgebühren: Kommunale Abgaben betreffen alle. Wir wollten sie mit einem Gesetz bürgerInnenfreundlicher gestalten und damit BürgerInnen, Gerichte und Verwaltung entlasten – beispielsweise durch die längere Aussetzung von Zwangsvollstreckungen. Leider wurde unser Gesetzentwurf von Rot-Rot versenkt.

Wahlrecht geändert

Wer als hauptamtlicher BürgermeisterIn oder Landrätin/Landrat wegen einer vorsätzlichen Tat zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden ist, die bei BeamtInnen den Verlust der Beamtenrechte zur Folge hätte, soll für die Dauer von fünf Jahren nicht gewählt werden dürfen – das haben wir mit einem Gesetzentwurf gefordert. Rot-Rot hat unseren Entwurf aufgegriffen, das entsprechende Gesetz ist inzwischen verabschiedet.

FLUGHAFEN BER: KEINE CHANCE FÜR LÄRM UND DICKE LUFT

Wird der Hauptstadtflughafen im Herbst 2020 eröffnet oder nicht? Bis heute kann niemand ausschließen, dass auch dieser x-te Eröffnungstermin platzt. Die gesamte Wahlperiode hindurch hat uns die Chaos-Baustelle BER auf Trab gehalten. Wie konnten die Kontrollgremien der Flughafengesellschaft FBB derart versagen? Dieser Frage gingen wir nach, legten wiederholt den Finger in die Wunde. 2016 wurde auf unsere Initiative hin ein Bericht des Landesrechnungshofs öffentlich, aus dem hervorging, welche gravierenden Fehleinschätzungen auch seitens der Landesregierung dem Projekt BER zum Verhängnis wurden. Leider lehnte Rot-Rot

unsere Anträge für eine erneute Prüfung der Haftung der Aufsichtsratsmitglieder mehrmals ab.

Schallschutz auch für Wohnküchen

Im Sommer 2018 entschied das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, dass alle Wohnräume – auch Wintergärten und Wohnküchen – Schallschutz bekommen müssen. Ein Erfolg! Wir setzen uns seit Jahren für einen besseren Schallschutz für die FlughafenanrainerInnen ein, forderten unter anderem eine Schlichtungsstelle.

Unsere Ideen für den Flughafenstandort BER

Wir finden: Die Region braucht keinen High-End-Flughafen, sondern funktionierende Infrastrukturen und ein nachhaltiges Mobilitätskonzept. So viel Flugverkehr wie nötig und so wenig wie möglich, lautet unsere Devise. Der innerdeutsche Flugverkehr soll auf die Schiene verlagert werden. Den Billigairlines müssen Grenzen gesetzt werden: Mengenrabatte für die Airlines gehören aus unserer Sicht abgeschafft, dafür müssen empfindliche Lärmabgaben eingeführt werden. Denn es passt nicht zusammen, dass einerseits die Kosten für den Bau des neuen Hauptstadtflughafens explodieren und andererseits den Airlines großzügige Preisnachlässe gewährt werden. Wir fordern ein striktes Nachtflugverbot zwischen 22.00 Uhr und 6.00 Uhr. Und nicht zuletzt: Voraussetzung für die Inbetriebnahme des BER ist die anschließende Schließung Tegels! Um die Kapazitätsprobleme zu lösen, setzen wir auf ein ostdeutsches Luftverkehrskonzept, falls sinnvoll auch länderübergreifend unter Einbeziehung Polens.


Weitere Informationen zum BER
unter gruenlink.de/1kcy

Die Flughafengesellschaft FBB versuchte stattdessen, die Kosten für den Lärmschutz um jeden Preis zu drücken. Das hat auch ein von uns veranstaltetes Fachgespräch 2017 mit Betroffenen deutlich gemacht. Folge der Veranstaltung: Die Obere Luftfahrtbehörde erließ Vollzugshinweise zum Schallschutz, wie wir sie zuvor wiederholt gefordert hatten. Allerdings bleiben diese deutlich hinter den Forderungen zurück – das Gerichtsurteil bessert nun nach.

Dicke Luft? Nicht mit uns!

Durchsetzen konnten wir auch, dass eine unabhängige Ultrafeinstaubmessung am BER eingeführt wird. Zwar wurde unser Antrag Anfang 2017 abgelehnt. Kurze Zeit später gab das Umweltministerium aber

bekannt, die Messungen rund um den Flughafenstandort zu intensivieren. Gemeinden rund um den künftigen BER hatten dies zuvor bei Landtag und Landesregierung mit Nachdruck eingefordert. „Ein firmenunabhängiges Monitoring dieser Art von gesundheitsschädigenden Luftschadstoffen an Flughäfen sollte längst Standard sein“, sagt unser Fraktionsvorsitzender Axel Vogel. Denn die Hinweise darauf, dass Ultrafeinstaub mindestens ebenso gesundheitsschädlich ist wie der gröbere Feinstaub, verdichten sich. Die ultrafeinen Partikel können wegen ihrer geringen Größe durch Lunge und Nase ins Blut gelangen. Stammen sie aus der Kerosinverbrennung, enthalten sie zahlreiche giftige Substanzen. Grenzwerte oder eine Pflicht zur Messung gibt es bislang in Deutschland nicht.



Die von uns geforderten
**Vollzugshinweise
zum Schallschutz**
wurden vom Landtag in
abgeschwächter Form
beschlossen.

KULTUR: AUF IN DIE FLÄCHE!

Vorhang auf für die freien Theater! Im Flächenland Brandenburg spielen sie eine besonders große Rolle, denn sie machen Kultur vor der Haustür erlebbar – in allen Regionen und selbst in kleinen Dörfern. 2015 entfiel ein Drittel aller Theaterbesuche auf freie Theater, sie erhielten aber gerade einmal vier Prozent der Förderung. Das wollten wir ändern: Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Förderung der freien Theater ab 2017 deutlich verbessert wird. Immerhin 350.000 Euro jährlich bekommen sie nun mehr. Auch unsere Forderung, weiterhin jedes Jahr 300.000 Euro für die kulturelle Arbeit mit Geflüchteten bereitzustellen, wurde erfüllt.

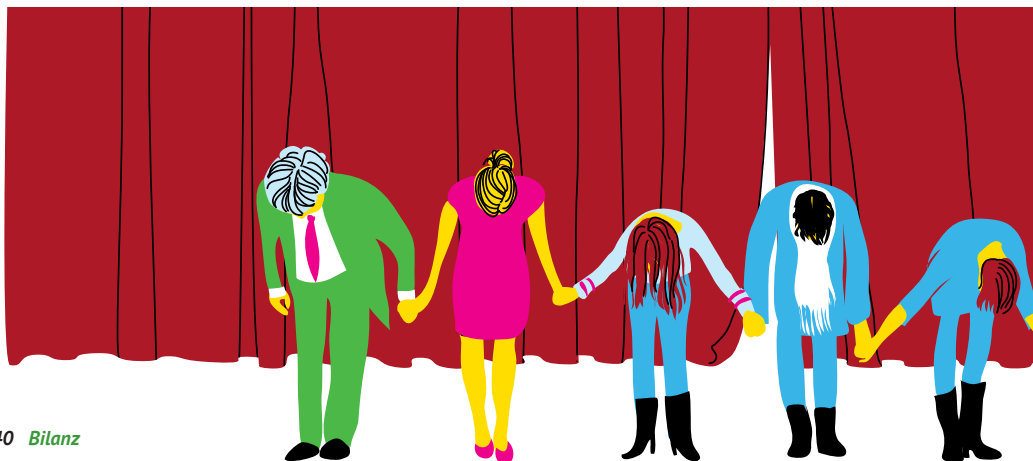
Auch abseits der Theater hat Brandenburg ein vielfältiges kulturelles Angebot mit ausgeprägten regionalen Besonderheiten. Gemeinsam mit der CDU und den rot-roten Koalitionsfraktionen haben wir uns deshalb für einen „Brandenburger Kulturort des Jahres“ engagiert, der künftig alle zwei

Jahre gewählt werden soll. Gemeinsam mit SPD und Linker haben wir uns außerdem dafür eingesetzt, Brandenburgs Industriekultur – wie das Besucherbergwerk F60 in Lichterfeld oder das Industriemuseum in Brandenburg an der Havel – stärker zu fördern.

Kultur in die Fläche bringen auch viele kleine Lokalradiosender: einen bunten Blumenstrauß an Sprachen, Kultur und Meinungen. Unsere Fraktion hat den Lokalfunk 2016 zum Thema im Landtag gemacht und erreicht, dass der Medienstaatsvertrag geändert wird, damit die nichtkommerziellen Bürgerradios mehr Geld und mehr Frequenzen erhalten.

Denkmäler erhalten

Ob Gründerzeit-Wohnhaus, Relikte einer mittelalterlichen Siedlung oder alte Dorfkirche: „Denkmalgeschützte Bauten sind Teil unseres Erbes, geben Aufschluss über



Wissenschaft muss fair sein!

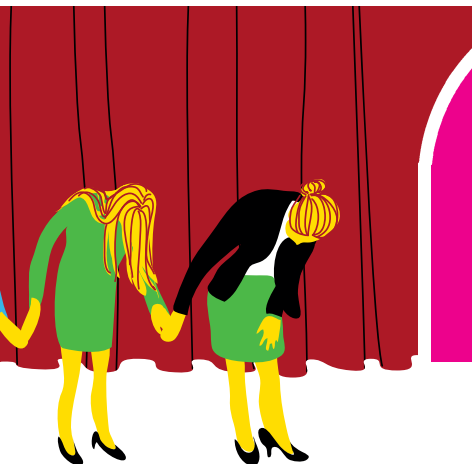
Befristete Arbeitsverträge von einem Jahr – oder auch nur einem Monat? In der Brandenburger Wissenschaftslandschaft leider keine Seltenheit. Das brachte unsere Große Anfrage Ende der letzten Wahlperiode ans Licht. Aus der Anfrage resultierte ein Bericht zu den Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft, den die Landesregierung dem Landtag nun einmal jährlich vorstellen muss.

Wir haben uns immer gegen die rechtlich umstrittenen Rückmeldegebühren für Studierende, die Brandenburg zwischen 2001 und 2008 von seinen Studierenden kassiert hat, ausgesprochen – in unseren Augen nichts weiter als versteckte Studiengebühren. Das Bundesverfassungsgesetz hat 2017 entschieden, dass die einstige entsprechende Regelung im Brandenburgischen Hochschulgesetz nichtig ist. Dennoch weigert sich Brandenburg weiterhin hartnäckig, die Gebühren zurückzuzahlen.

Weitere Informationen zum Thema Kultur und Wissenschaft unter gruenlink.de/1gbm


das Leben und Arbeiten der vergangenen Generationen, haben in der Regel einen hohen ästhetischen Wert und bewahren regionale Besonderheiten“, sagt unsere kulturpolitische Sprecherin und Vorsitzende des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kultur Marie Luise von Halem. Kein Wunder also, dass wir mehr Geld für ihren

Erhalt gefordert haben – konkret: einen Denkmalhilfefonds von 2 Millionen Euro jährlich. Immerhin: Seit 2015 gibt es einen solchen Fonds, der von 250.000 Euro schrittweise auf nun 1,5 Millionen Euro jährlich erhöht wurde. Leider immer noch viel zu wenig, denn das Antragsvolumen ist aktuell viermal so hoch.



Mehr Geld für freie Theater:
Das gibt es seit 2017
– auch dank unseres Einsatzes!

AUFARBEITUNG VON DDR-UNRECHT: ES BLEIBT NOCH VIEL ZU TUN



Wir setzen uns im
Landtag für die Aus-
einandersetzung mit
und die Aufarbeitung
von DDR-Unrecht
ein.

Weitere Informationen zum Thema
DDR-Aufarbeitung unter gruenlink.de/1k0q

Die Auseinandersetzung mit und die Aufarbeitung von DDR-Unrecht ist für uns Bündnisgrüne auch heute noch eine wichtige Aufgabe. Viele der Betroffenen und ehemals Verfolgten leiden bis heute unter den Folgen; sie brauchen Anerkennung und Unterstützung. Wichtig ist uns zudem, die Erinnerung wachzuhalten und daraus das Bewusstsein für die Demokratie zu stärken.

In der letzten Wahlperiode hatte die von uns angestoßene Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ 80 Handlungsempfehlungen zum Thema erarbeitet. Unser Ziel zum Anfang dieser Wahlperiode war es, dass diese per Landtagsbeschluss verbindlich gemacht und umgesetzt werden. Mit Erfolg!

Gedenken bewahren

Wir finden: Die Brandenburger Stasi-Akten sind Erbe und Symbol der Friedlichen Revolution und eine wichtige Grundlage für die Auseinandersetzung mit DDR-Unrecht in unserem Bundesland. Deshalb traten wir dem Vorschlag des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BStU) entschieden entgegen, die Brandenburger BStU-Außenstelle zu schlie-

ßen und die Akten nach Berlin zu verlagern. Auf unsere Initiative hin hat sich der Landtag fraktionsübergreifend dafür ausgesprochen, dass die Akten in Brandenburg bleiben.

Im Rahmen der Haushaltsverhandlungen haben wir uns für mehr Wochenstunden bei den Gedenkstättenlehrkräften eingesetzt. Das Gedenken an das geschehene Unrecht wird an diesen Orten aufrechterhalten, deshalb müssen sie unbedingt gefördert werden. Erreichen konnten wir immerhin – gemeinsam mit Rot-Rot –, dass diese Stunden nicht gekürzt, sondern beibehalten werden.

Unterstützung von ehemals Verfolgten ausbauen

Im Herbst 2018 hat sich der Bundesrat einstimmig für eine Verbesserung der sozialen Lage von in der ehemaligen DDR politisch Verfolgten ausgesprochen. Die bestehenden SED-Unrechtsbereinigungsgesetze sollen entsprechend überarbeitet werden; zukünftig sollen zudem auch verfolgte SchülerInnen sowie Opfer von Stasi-Zersetzungsmaßnahmen Leistungen erhalten können. Der Antrag im Bundesrat ging maßgeblich auf uns in enger Zusammenarbeit mit den anderen bündnisgrünen Fraktionen in den ostdeutschen Landtagen und dem Berliner Abgeordnetenhaus zurück.

Ein Mahnmal für das Kindergefängnis

„Bis heute ist in der Öffentlichkeit nur wenig darüber bekannt, welch schlimme Erfahrungen Kinder und Jugendliche in manchen DDR-Einrichtungen machen mussten“, sagt unsere aufarbeitungspolitische Sprecherin Heide Schinowsky. Im ehemaligen DDR-Durchgangsheim Bad Freienwalde etwa wurden zwischen 1968 und 1987 Kinder und Jugendliche weggesperrt, drangsaliert und gebrochen. Wir haben die Anliegen des Vereins „Kindergefängnis Bad Freienwalde“ erfolgreich unterstützt, unter anderem bei der Errichtung eines Mahnmals.

UNSERE FRAKTION: WER MACHT WAS?

Marie Luise von Halem

Sprecherin für Bildung, Jugend und Sport und für Wissenschaft, Forschung und Kultur, zugleich Vorsitzende des gleichnamigen Ausschusses

Tel.: (0331) 966 1705

E-Mail: ml.halem@gruene-fraktion.brandenburg.de

Benjamin Raschke

Sprecher für Recht und für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft, Mitglied der Enquêtekommision „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“

Tel.: (0331) 966 1724

E-Mail: benjamin.raschke@gruene-fraktion.brandenburg.de

A photograph of three people sitting on a stone ledge in front of a building with large windows. On the left is a man in a light blue button-down shirt and jeans. In the center is a woman with short brown hair and glasses, wearing a dark blazer over a striped top. On the right is a woman with short brown hair, wearing a dark cardigan over a patterned top. White lines connect the text boxes to the individuals: one from the top-left box to the man, one from the top-right box to the woman in the center, and one from the bottom-left box to the man. The bottom-right box is partially obscured by the woman on the right.

Axel Vogel

Fraktionsvorsitzender, Sprecher für Haushalt und Finanzen,
Mitglied im Sonderausschuss BER und im Hauptausschuss
Tel.: (0331) 966 1707
E-Mail: axel.vogel@gruene-fraktion.brandenburg.de

Ursula Nonnemacher

Fraktionsvorsitzende, Parlamentarische Geschäftsführerin,
Sprecherin für Inneres und Kommunales und für Arbeit,
Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Mitglied im
NSU-Untersuchungsausschuss
Tel.: (0331) 966 1701
E-Mail: ursula.nonnemacher@gruene-fraktion.brandenburg.de

Heide Schinowsky

Sprecherin für Wirtschaft und Energie, Mitglied im Petitions-
ausschuss, Ansprechpartnerin für die Angelegenheiten der
Sorben/Wenden
Tel.: (0331) 966 1704
E-Mail: heide.schinowsky@gruene-fraktion.brandenburg.de

Michael Jungclaus

Sprecher für Infrastruktur und Landesplanung und für Europa-
angelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz
Tel.: (0331) 966 1709
E-Mail: michael.jungclaus@gruene-fraktion.brandenburg.de

Herausgeberin

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Brandenburger Landtag
Alter Markt 1, 14467 Potsdam

Tel.: (0331) 966 1700

Fax: (0331) 966 1702

info@gruene-fraktion.brandenburg.de

www.gruene-fraktion-brandenburg.de

facebook.com/GrueneLandtagBB

twitter.com/GrueneLTBB

instagram.com/GrueneLTBB

V.i.S.d.P.

Tobias Arbinger

Gesamtredaktion

Katharina Buri

Redaktionsschluss

Januar 2019

Gestaltung

ZITRUSBLAU GmbH, Berlin

Illustrationen: Kristina Heldmann

Druck

Druckhaus Dülmen

**Komm, wir pflanzen
einen Baum! Das
ist bei jeder unserer
jährlichen Fraktions-
klausuren Brauch.**



Diese Publikation enthält Informationen über die parlamentarische Arbeit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag und ist nicht zum Zweck der Wahlwerbung bestimmt.

klimaneutral
natureOffice.com | DE-287-365205
gedruckt



www.gruene-fraktion-brandenburg.de